

Gesamt-UVP Temelin

gemäß Artikel V des Melker Protokolls

der Verhandlungen zwischen den Regierungen der Tschechischen
Republik und der Republik Österreich, geführt von
Ministerpräsident Zeman und Bundeskanzler Schüssel im Beisein
von EU-Kommissar Verheugen

vom 12. Dezember 2000

Bericht an die Österreichische Bundesregierung



Federal Environment Agency – Austria

Wien, Juni 2001

Projektkoordination Umweltbundesamt

Karl Kienzl & Franz Meister

Satz/Layout

Elisabeth Lössl (Umweltbundesamt)

Beiträge von

Iouli Andreev (Institut für Risikoforschung der Universität Wien)
Christian Baumgartner (Bundesministerium für Land- und Forstwirtschaft, Umwelt und Wasserwirtschaft)
Petra Eisendle (Institut für Risikoforschung der Universität Wien)
Peter Hofer (Institut für Risikoforschung der Universität Wien)
Shaheed Hossain (Institut für Risikoforschung der Universität Wien)
Franz Kohlbeck (Institut für Höhere Geodäsie und Geophysik, TU Wien)
Helga Kromp-Kolb (Universität f. Bodenkultur, Institut f. Meteorologie und Physik)
Wolfgang Kromp (Institut für Risikoforschung der Universität Wien)
Roman Lahodinsky (Institut für Risikoforschung der Universität Wien)
Herbert Lechner (Energieverwertungsagentur)
Klemens Leutgöb (Energieverwertungsagentur)
Franz Meister (Umweltbundesamt)
Gabriele Mraz (Österreichisches Ökologie-Institut für angewandte Umweltforschung)
Petra Seibert (Universität f. Bodenkultur, Institut f. Meteorologie und Physik)
Emmerich Seidelberger (Institut für Risikoforschung der Universität Wien)
Steven Sholly (Institut für Risikoforschung der Universität Wien)
Geert Weimann (Austrian Research Center)
Antonia Wenisch (Österreichisches Ökologie-Institut für angewandte Umweltforschung)

Der vorliegende Bericht an die Österreichische Bundesregierung zur Gesamt-UVP Temelin wird aus Mitteln des Bundesministeriums für Land- und Forstwirtschaft, Umwelt und Wasserwirtschaft finanziert.

Impressum

Herausgeber: Umweltbundesamt GmbH (Federal Environment Agency Ltd.)
Spittelauer Lände 5, A-1090 Wien, Austria

Eigenvervielfältigung

© Umweltbundesamt GmbH (Federal Environment Agency Ltd.), Wien, Juni 2001
Alle Rechte vorbehalten
ISBN 3-85457-595-5

Vorwort

Die vorliegende Stellungnahme an die österreichische Bundesregierung bezieht sich auf die Dokumente, die durch die tschechische UVP-Kommission am 14. April 2001 vorgelegt wurden bzw. auf zusätzliche Informationen vom 20. Mai 2001, die auf Grund von Nachforderungen Österreichs gegeben worden sind.

Soweit in diesen Materialien Themen mehrfach angesprochen sind, werden sie in der Stellungnahme an die österreichische Bundesregierung auch in den jeweiligen Kapiteln behandelt. Dies hat beispielsweise zur Folge, dass der Bereich möglicher Auswirkungen schwerer Unfälle auf die Umwelt in verschiedenen Kapitel behandelt wird.

Alle Unterlagen sind auf der Temelin-Homepage des Umweltbundesamtes <http://www.ubavie.gv.at/> abrufbar. Auch die vorliegende Stellungnahme sowie die Abbildungen der beiliegenden CD-ROM können über diese Homepage abgerufen werden.

Bei technischen Problemen wenden Sie sich bitte an: <mailto:Schuh@ubavie.gv.at>.

Inhalt

Kurzfassung/Sourhn.....	9/17
1 Einleitung – Die UVP im Rahmen des Melker Prozesses.....	23
1.1 Die UVP für Temelin nach tschechischem Recht	23
1.2 Das Melker Abkommen.....	24
1.3 Die bisherige Durchführung der UVP nach dem Melker Abkommen	24
1.4 Rechtliche Beurteilung des Melk-Prozesses	26
2 Alternativenprüfung	29
2.1 Einleitung	29
2.2 Ökonomische und ökologische Effekte einer Inbetriebnahme Temelins im Vergleich zur Nicht-Inbetriebnahme.....	30
2.3 Detaillierte Kritik einzelner Aussagen der vorgelegten Unterlagen.....	42
2.4 Zusammenfassung und Schlussfolgerungen.....	54
2.5 Literatur	58
3 Umwelt und Gesundheit.....	61
3.1 Einleitung	62
3.2 Luft und Klima	63
3.3 Wasser.....	68
3.4 Erdbebengefährdung.....	71
3.5 Gesundheitliche Folgen der Strahlenbelastung	73
3.6 Natur und Landschaft.....	77
3.7 Abfall/abgebrannte Brennstoffe	77
3.8 Unfallvermeidung und Auslegungsstörfälle.....	79
3.9 Nichttechnische Zusammenfassung	91
3.10 Literatur	70
4 Schwere Unfälle und deren Auswirkungen	97
4.1 Szenarien schwerer Unfälle im SUJB-Bericht.....	100
4.2 Notfallsplanung für Temelin	105
4.3 Eigene Untersuchungen zu den Auswirkungen schwerer Unfälle.....	111
4.4 Berücksichtigung schwerer Unfälle in der UVP-Praxis anderer Länder	129
4.5 Literatur	131
5 Anhänge.....	135
A.1 Severe accident risks posed by the Temelin Nuclear Power Plant and severe accident mitigation alternatives	
A.2 Darstellung der Berechnungsergebnisse der Fallstudien	
A.3 Ökonomisch-ökologische Vergleichsrechnung zur Alternativenprüfung	
A.4 Scoping-Liste Entwurf Österreich	
A.5 Scoping List gemäß UVP-Kommission	
A.6 Autoren	

KURZFASSUNG

Im Abkommen von Melk beschlossen Bundeskanzler Schüssel und Ministerpräsident Zeman im Beisein von EK Verheugen die Durchführung einer Gesamt-UVP für das KKW Temelin nach den Verfahrensbestimmungen der Europäischen UVP-Richtlinie und eine Öffentlichkeitsbeteiligung nach dem Standard der Espoo-Konvention.

ALTERNATIVENPRÜFUNG (NULLVARIANTE)

Basierend auf den Vereinbarungen mit den tschechischen Mitgliedern der UVP-Kommission (Scoping List), die sich auf die EU-Richtlinie zu UVP-Verfahren bezieht, sowie ausgehend von den von tschechischer Seite übermittelten Unterlagen, wurde für die vorliegende Stellungnahme untersucht,

- ob eine Alternative existiert, die bei einer vergleichbaren ökonomischen Vorteilhaftigkeit geringere ökologische Belastungen bzw. geringere potentielle ökologische Gefährdungen mit sich bringt, und
- ob das Vorhaben insgesamt ein angemessenes Verhältnis zwischen der ökonomischen Vorteilhaftigkeit und den tatsächlichen sowie potentiellen ökologischen Belastungen aufweist.

Zu diesem Zweck werden die Option der Fertigstellung und Inbetriebnahme Temelíns sowie deren potenzielle Alternativen hinsichtlich ihrer ökonomischen und der damit jeweils verbundenen ökologischen Auswirkungen untersucht.

Dabei sei zuerst daran erinnert, dass das Projekt KKW Temelin bei Einrechnung aller bereits investierten Mittel in jedem Fall unwirtschaftlich ist und damit bereits einen volkswirtschaftlichen Schaden verursacht hat, der die tschechische Volkswirtschaft – wahrscheinlich auf dem Wege stark reduzierter Privatisierungserlöse (verglichen mit einem Szenario ohne KKW Temelin) in jedem Fall über einen längeren Zeitraum belasten wird (vgl. Endbericht des von der tschechischen Regierung eingesetzten „Experten-Teams zur unabhängigen Beurteilung des Projekts der Fertigstellung des KKW Temelin“, Jänner 1999). Bei Wirtschaftlichkeitsanalysen zum jetzigen Zeitpunkt, bei denen die bereits investierten Mittel („Sunk Cost“) nicht zu berücksichtigen sind, geht es daher lediglich um eine „Schadensbegrenzung“, d.h. es wird jene Option gesucht, die zu einer möglichst weitgehenden Limitierung des bereits entstandenen Schadens führt.

Zu diesem Zweck wurden für die vorliegende Stellungnahme ökonomische Vergleichsrechnungen durchgeführt, die vom idealtypischen Fall ausgehen, dass das KKW Temelin (Block 1) ab sofort betriebsbereit wäre (d.h. die Fertigstellungskosten, die im Block 1 noch anstehen und vor allem beim Block 2 noch anzusetzen sind, bleiben vorerst außer Betracht) und plangemäß (d.h. mit 6000 Jahresvolllaststunden) betrieben werden kann.

Wenn man von diesen Annahmen ausgeht, stellen aus betriebswirtschaftlicher Sicht – d.h. aus Sicht der ČEZ – die Deckungsbeiträge, die aus dem laufenden Betrieb der Anlagen zur Abdeckung von Investitionskosten und Gewinnerwartungen erwirtschaftet werden, das zentrale Beurteilungskriterium dar. Dabei werden die Deckungsbeiträge für die durchgeführten Rechnungen wie folgt definiert: Erlöse (aus Stromabsatz) abzüglich der Brennstoffkosten, der sonstigen variablen Kosten sowie der fixen Kosten des laufenden Betriebs (v.a. Betriebsführung, Wartung und Instandsetzung).

Es ist somit festzuhalten,

- dass die Inbetriebnahme Temelíns bei gegenwärtigen Marktverhältnissen keine ökonomischen Vorteile aufweist, weil dadurch keine zusätzlichen Deckungsbeiträge erwirtschaftet werden;
- dass eine Inbetriebnahme Temelíns voraussichtlich zu keiner Umweltentlastung auf der Seite der Luftemissionen führen wird und somit aus ökologischer Sicht am nachteiligsten zu bewerten ist; dies deshalb, weil aus ökonomischen Gründen infolge der Inbetriebnahme Temelíns ein Zwang zur Absatzausweitung besteht;
- dass durch die Inbetriebnahme Temelíns eine Umweltentlastung nur um den Preis erzielt wird, dass die ökonomische Performance (im Sinne der erwirtschafteten Deckungsbeiträge) in jedem Fall hinter den Szenarien einer Nicht-Inbetriebnahme zurückbleibt;
- dass die Inbetriebnahme Temelíns gleichzeitig zur Erhöhung des nuklearen Risikos führt.

Dabei ist es wesentlich hervorstreichend, dass in der dargestellten Vergleichsrechnung die bis zur Inbetriebnahme noch zu tätigen Investitionen nicht berücksichtigt sind. Darüber hinaus bestehen im Falle der Entscheidung für eine Fertigstellung und Inbetriebnahme eine Reihe von bedeutenden Risiken, die im Falle einer Nicht-Inbetriebnahme nicht bestehen. Diese spezifischen Risiken einer Inbetriebnahme lassen aus ökonomischer Sicht die Nicht-Inbetriebnahme zusätzlich vorteilhaft erscheinen:

- Risiko weiterer Kostenüberschreitungen bis zur Aufnahme des kommerziellen Betriebs: Allein in Bezug auf die sicherheitstechnische Ausrüstung, wurden, basierend auf den bisherigen Ergebnissen des Dialogs zur nuklearen Sicherheit des KKW Temelin, Nachrüstungsanforderungen ermittelt, deren Kosten zwischen 1 Mrd. CZK und 4 Mrd. CZK betragen könnten. Auch im maschinellen und elektrotechnischen Teil hat der Probetrieb eine Reihe technischer Mängel zum Vorschein gebracht, deren Lösung kostenintensiv ausfallen kann.
- Risiko der Unzuverlässigkeit im Betrieb, die ausgehend von den bekannten Betriebsdaten der bestehenden WWER-1000 keineswegs ausgeschlossen werden kann.
- Hürden bei der Absatzausweitung, die aus ökonomischer Sicht bei einer Inbetriebnahme Temelíns notwendig erscheint, wobei als wesentlichen Hürden anzuführen sind: geringe zu erwartende Steigerungen bei der Inlandsnachfrage; Limitierung bei den Leitungskapazitäten, Re-Importe durch die Verteilunternehmen.
- Risiko der Preisentwicklung auf den mitteleuropäischen Strommärkten, da eine Inbetriebnahme nur bei wesentlich höheren Strompreisen zusätzliche Deckungsbeiträge bewirkt (wenn gleichzeitig die starke Absatzausweitung gelingt, was der notwendigen Verbesserung der Lieferpreise gewissermaßen widerspricht).

Ergänzend zur dargestellten ökonomisch-ökologischen Vergleichsrechnung analysiert die vorliegende Stellungnahme einige wesentliche Aussagen in den von tschechischer Seite übermittelten Unterlagen (Nachreichungen im Wege des tschechischen Außenministeriums Mai 2001) im Detail und weist – im Gegensatz zu den dort verwendeten Argumentationslinien – nach,

- dass der Kraftwerksgesellschaft ČEZ keinerlei Schaden bei Nichtinbetriebnahme des KKW Temelin erwächst, sondern dass im Gegenteil davon auszugehen ist, dass der ökonomische Nutzen den Schaden einer Nicht-Inbetriebnahme übertreffen wird. Dies hängt in erster Linie damit zusammen, dass unter gegenwärtigen Marktbedingungen eine Inbetriebnahme Temelíns keine Ertragssteigerung für die Kraftwerksgesellschaft bewirkt, was anders ausgedrückt bedeutet, dass die Investitionen in das KKW Temelin unter diesen Bedingungen keinen Wert im ökonomischen Sinn besitzen.
- dass einerseits das gesamte Investitionsvorhaben Temelin die erzielbaren Privatisierungserlöse für ČEZ bereits erheblich reduziert hat, und dass andererseits keineswegs feststeht, dass die Privatisierungserlöse bei erfolgter Inbetriebnahme Temelíns höher ausfallen würden als bei Beendigung oder Konservierung des Projekts. Dies deshalb, weil potentielle

Investoren neben strategischen Überlegungen in erster Linie auf den Ertragswert eines Unternehmens achten und weil die Inbetriebnahme Temelíns den Ertragswert mit hoher Wahrscheinlichkeit nicht erhöht, gleichzeitig aber zusätzliche Risiken mit sich bringt.

- dass die buchhalterischen Folgen einer Nicht-Inbetriebnahme, die in den von tschechischer Seite vorgelegten Unterlagen angesprochen werden (einmalige Abschreibung des investierten Kapitals in voller Höhe entweder direkt oder über die Bildung einer Rückstellung), nach erfolgter Privatisierung gelöst werden können.
- dass der Beschäftigungseffekt einer Inbetriebnahme ebenso wie jener einer Nicht-Inbetriebnahme aus jetziger Sicht in jedem Fall unerheblich wäre, dass aber gleichzeitig der Beschäftigungseffekt des gesamten Temelín-Projekts negativ sein wird, da das unrentable Projekt die tschechische Volkswirtschaft (wahrscheinlich auf dem Wege verminderter Privatisierungserlöse) über mehrere Jahre belasten wird.
- dass es aus ökonomischer Sicht unverständlich wäre, eine zum jetzigen Zeitpunkt zu treffende Fertigstellungs- und Inbetriebnahmeentscheidung auf höchst unsichere zukünftige Einnahmen aus CO₂-Geschäften abzustützen, zumal bislang keine Rahmenbedingungen vorhanden sind, da deren Festlegung auf internationaler Ebene andauert und daher Preisannahmen in diesem Zusammenhang reine Spekulation sind.
- dass ausgehend einerseits von der erwartenden Wirtschaftsentwicklung, sowie andererseits von den qualitativen Folgen des erwarteten beschleunigten Wirtschaftswachstums (technologische Erneuerung und Struktureffekte bei gleichzeitigen Marktanteilsverlusten im Raumwärmemarkt) ein prognostiziertes jährliches Stromverbrauchswachstum von 5% jeder realen Grundlage entbehrt. Vielmehr ist davon auszugehen, dass gerade das erwartete Wirtschaftswachstum zu einer schrittweisen Verringerung der Stromintensität führen wird. Somit ist für die nächsten 3 bis 5 Jahre allenfalls von einem leichten Anstieg des Stromverbrauchs in einer Größenordnung zwischen 1% und 2% auszugehen.
- dass auch bei wachsender Nachfrage keineswegs sichergestellt ist, dass ČEZ sein gegenwärtiges Absatzniveau wird halten können. Dies gilt insbesondere für den Fall einer vollständigen Marktöffnung, die im engen Zusammenhang mit dem angestrebten EU-Beitritt Tschechiens steht.

Die beiden grundlegenden Fragestellungen der vorliegenden Stellungnahme lassen sich daher wie folgt beantworten:

- Es bestehen ohne Zweifel Alternativen zur Inbetriebnahme Temelíns, die bei vergleichbarer ökonomischer Vorteilhaftigkeit geringere ökologische Belastungen bzw. Risiken aufweisen ;
- Ein ökonomischer Vorteil tritt potentiell – wenn auch wie gezeigt äußerst unwahrscheinlich – nur dann auf, wenn der Absatz möglichst um die gesamte Erzeugung in Temelín ausgeweitet werden kann. In diesem Fall sind die ökologischen Belastungen und nuklearen Risiken am größten. Das Ausmaß des potentiellen ökonomischen Vorteils in diesem Szenario steht – insbesondere auch vor dem Hintergrund der damit verbundenen technischen und marktbezogenen Risiken – in keinem angemessenen Verhältnis zur dadurch verursachten ökologischen Mehrbelastung.

UMWELT UND GESUNDHEIT

Die Beschränkung der Bewertung der Umweltauswirkung des KKW Temelin auf den Normalbetrieb ist im Sinne der EU-UVP-Richtlinie als nicht argumentierbar zu bezeichnen, da gemäß EU-UVP-Richtlinie eine Beschreibung der möglichen Umweltauswirkungen des geplanten Projekts verlangt ist. Zumindest wären auch die Umweltwirkungen der Brennstoffherstellung und der Entsorgung der durch Betrieb und in weiterer Folge Abriß der Anlage entstehenden Abfälle zu berücksichtigen.

Die Feststellung der UVP-Kommission, dass die Entsorgung der abgebrannten Brennelemente keinerlei Umweltrisikostelle darstelle, ist nicht nachvollziehbar, da kein entsprechend konkretes Konzept hierfür vorgestellt wird.

Entsprechend der Espoo-Konvention wären auch die Umweltwirkungen von Unfällen zu betrachten, und zwar auch dann, wenn deren Eintrittswahrscheinlichkeit gering ist, die Folgen aber große Gebiete betreffen können.

Die Darstellung von Auswirkungen radioaktiver Emissionen über den Abluftpfad insbesondere die Nachvollziehbarkeit der Schlußfolgerung, wonach die Expositionsgrenzwerte für die Bevölkerung weit unterschritten werden würden, ist nicht gegeben.

Auswirkungen von Ableitungen radioaktiver Stoffe mit dem Abwasser in Verbindung mit dem Eintrag der übrigen Abwässer und der Abwärme stellen eine Belastung für die betroffenen aquatischen Ökosysteme und über den Weg in die Nahrungskette möglicherweise auch für Menschen dar. Hierzu ist seitens der UVP-Kommission keine Aussage getroffen worden.

Die Untersuchung der Auswirkungen des KKW auf den Gesundheitszustand der Bevölkerung beschäftigt sich nur mit den Auswirkungen des Normalbetriebs. Betrachtet wird ausschließlich ein Umkreis von 13 km rund ums KKW Temelin. Ein wesentlicher Mangel der übermittelten Gesundheitsstudie besteht im Fehlen von Daten zu jenen Erkrankungen (Schilddrüsenkrebs, kindliche Leukämie, Missbildungen bei Neugeborenen), die nachweislich durch ionisierende Strahlung ausgelöst werden können. Unklar bleibt auch, wie der Gesundheitszustand der Bevölkerung in Zukunft beobachtet werden soll.

Zwei der drei lt. UVP-Dokumentation vom 20.5.2001 untersuchten Referenzunfälle, die als Auslegungsstörfälle relativ beschränkte radiologische Auswirkungen auf die Umgebung haben, besitzen eine Eintrittswahrscheinlichkeit, die kleiner ist, als die Eintrittswahrscheinlichkeit schwerer Unfälle.

In dieser UVP-Dokumentation wurde die für Temelin wichtige Kategorie von Auslegungsstörfällen mit Lecks vom Primär- in den Sekundärkreislauf nicht behandelt.

Auch Unfälle, ausgelöst durch externe Ereignisse werden in dieser UVP-Dokumentation nichts ausreichend behandelt.

Die UVP-Dokumentation vom 20.4.2001 kommt u.a. zum Schluß: „Die Bewertung der Strahlenfolgen aus ausgewählten Referenzunfällen des KKW Temelin zeigt, dass auch bei Verwendung konservativer Voraussetzungen die Ergebnisse ausschließen, dass es zur Gefährdung der Gesundheit der Bevölkerung der Tschechischen Republik oder der Nachbarländer Österreich und Deutschland kommen könnte.“

Demgegenüber ist zu bemerken:

- Der Begriff „Gefährdung der Gesundheit“ wurde nicht klar definiert.
- Die Einhaltung der Dosisgrenzwerte wurde nicht nachgewiesen. Es liegen keinerlei nachvollziehbare Darstellungen der diesbezüglichen Berechnungen vor.

Zahlreiche Aspekte der vorgelegten Katastrophenplanung legen nahe, dass die tschechischen Behörden sehr wohl mit weiträumiger, die menschliche Gesundheit potentiell gefährdenden möglichen Unfallfolgen rechnen.

SZENARIEN SCHWERER UNFÄLLE IM SUJB-BERICHT (20. MAI 2001)

Die vom Betreiber ČEZ im Rahmen der Umweltverträglichkeitsprüfung übermittelten Unterlagen (Investprojekt 2001) enthielten keine Angaben zu schweren Unfällen und deren mögliche Folgen, d.h. zu Unfällen, die über den Auslegungsstörfall hinaus gehen und bei denen große Freisetzungen von Radioaktivität an die Umwelt möglich sind.

Die aufgrund der österreichischen Nachforderungen übermittelten Informationen (SUJB, Mai 2001) zu den schweren Unfällen stehen nicht im Einklang mit den international üblichen Gepflogenheiten, noch mit den Forderungen der EU-UVP-Richtlinie (EC 97/11/EC). Dennoch konnten auf der Basis der in diesen Unterlagen enthaltenen Angaben über das Inventar und jenen Quellterm, welcher der tschechischen Notfallsplanung zugrunde liegt, eigene Abschätzungen über mögliche Auswirkungen derartiger Unfälle auf Österreich durchgeführt werden.

Die Eintrittswahrscheinlichkeit von Kernschmelze für Temelin (core damage frequency – CDF) liegt nach der Probabilistischen Sicherheitsanalyse, die 1995 im Auftrag des Betreibers durchgeführt wurde, über dem Wert von 10^{-5} pro Jahr, das heißt über dem Sicherheitsziel mehrerer EU-Staaten und Rußlands. Darüberhinaus wird aufgrund der hohen Eintrittswahrscheinlichkeit der Containment Bypass Sequenzen für Temelin das INSAG Sicherheitsziel der IAEA überschritten.

Die Eintrittswahrscheinlichkeit von Kernschmelze für Temelin wird dabei anhand von Unfallsequenzen kalkuliert, die in einer Umgehung des Containments (Containment Bypass) münden. Dies ist eine eindeutige Abweichung von der Praxis in EU-Mitgliedsländern.

Aufgrund nicht durchgeführter bzw. nicht adäquater Untersuchungen schwerer Unfälle, vor allem die Integrität des Containments bei schweren Unfällen betreffend, ist nicht auszuschließen, dass die Wahrscheinlichkeit schwerer Unfälle noch unterschätzt ist.

Die der Notfallsplanung zugrundeliegende Analyse schwerer Unfälle für Temelin ist wegen der fehlenden Analysen aus österreichischer Sicht nicht ausreichend. Wenn die Integrität des Containments bei schweren Unfällen nicht gewährleistet werden kann, muß mit größeren Freisetzungen von Radioaktivität als für die bisher für die Notfallsplanung betrachteten Unfallsequenzen gerechnet werden.

Maßnahmen zur Reduktion der Eintrittswahrscheinlichkeit und/oder Maßnahmen zur Reduktion der Auswirkungen von schweren Unfällen werden im Rahmen der Temelin Gesamt-UVP- und den SUJB-Unterlagen nicht behandelt, obwohl eine erste Pilotstudie zu solchen Maßnahmen von den KKW Betreibern bereits durchgeführt wurde und in Publikationen eine große Anzahl von Maßnahmen diskutiert wurden. Dies steht nicht im Einklang mit der EU-UVP-Richtlinie, die von den Betreibern eines Projektes eine „*Beschreibung der Maßnahmen, mit denen erhebliche nachteilige Auswirkungen vermieden, verringert und soweit möglich ausgeglichen werden sollen*“ verlangt.

Die Behandlung schwerer Unfälle im Rahmen der Temelin Gesamt-UVP Dokumentation (einschließlich der Unterlagen zu schweren Unfällen) ist, sowohl bezüglich der Vollständigkeit als auch dem Inhalt nach, nicht ausreichend.

NOTFALLSPLANUNG FÜR TEMELIN

Die IAEA-Definitionen zur Festlegung der Zonen für die Notfallplanung (IAEA Tecdoc 953 1997), die offenbar für Temelin angewandt wurden, lassen einen beträchtlichen Spielraum hinsichtlich konkreter Umsetzung zu. Aus diesem Grund wäre es wünschenswert, mehr Information über die Methodik bei der Festlegung der Größe von Zone 1 und 2 für Temelin zu erhalten. Diese Zonen befinden sich mit 5 km und 13 km Radius jedoch ausschließlich auf tschechischem Gebiet. Die Notfallplanungszone 3 (LPZ), die gemäß mündlicher Auskünfte die gesamte Tschechische Republik umfasst, erstreckt sich jedoch zweifelsohne auch auf österreichisches und bundesdeutsches Gebiet und sollte gemäß den Empfehlungen der IAEA (IAEA Tecdoc 953 1997) ebenso festgelegt werden. Eine grenzüberschreitende Koordination und Absprache von Notfallplanung und Notfall Schutzmaßnahmen sind notwendig.

Obwohl die Notfallplanungszone 3 in erster Linie in Hinblick auf langfristige Auswirkung radioaktiver Belastung definiert ist, kann grundsätzlich aufgrund der restriktiven Definition der Zone 2 auch in Zone 3 die Notwendigkeit von Sofortmaßnahmen auftreten. Im konkreten Fall wird dies in den SUJB Unterlagen (SUJB, Mai 2001) jedoch ausgeschlossen: *„Irradiation of neighboring countries people on dose levels (i.e. for accidents with the probability equal or lower than 10^{-7} /year), for which implementation of the urgent protective measures is justified and reasonable, can not be occurred“*. Als Grenzwert für Sofortmaßnahmen sieht das tschechische Gesetz eine Effektivdosis von 10 mSv als 2-Tageswert vor. Berechnungen, welche belegen, dass diese Dosis in Entfernungen von 50 km und darüber nicht erreicht werden können und damit die obige Aussage untermauern, wurden nicht vorgelegt. Im Sinne der EU-UVP-Richtlinie wäre es notwendig, dass sich der Projektwerber mit den möglichen grenzüberschreitenden Auswirkungen seiner Anlage ernsthaft auseinandersetzt.

EIGENE UNTERSUCHUNGEN ZU DEN AUSWIRKUNGEN SCHWERER UNFÄLLE

Die Aussage, dass die Notwendigkeit von Sofortmaßnahmen in den Nachbarländern auszuschließen ist, steht in krassem Widerspruch zu den Ergebnissen österreichischer Berechnungen.

Auf der Basis der in der UVP-Dokumentation vom 20.5.2001 enthaltenen Angaben, ergänzt durch international zugängliche meteorologische Daten, wurden für die gegenständliche Stellungnahme von Österreich die Auswirkungen eines schweren Unfalles im KKW Temelin untersucht.

Einerseits wurden mit Hilfe eines sogenannten Partikelmodelles für 88 gleichmäßig über das Jahr 1995 verteilte meteorologische Situationen die Auswirkungen des von SUJB angegebenen schweren Unfalles analysiert. Die Berechnungen zeigen, dass die Folgen einer großen Freisetzung radioaktiver Stoffe im KKW Temelin nicht nur auf die unmittelbare Nachbarschaft des KKW beschränkt wären, sondern abhängig von der Wettersituation auch weiter entfernte Gebiete Europas stark betreffen könnten.

Die Wahrscheinlichkeit für das Eintreten eines schweren Unfalles in Temelin ist zwar gering, wenn ein solcher eintritt ist aber Österreich wegen seiner geographischen Lage und der meteorologischen Verhältnisse mit relativ hoher Wahrscheinlichkeit davon betroffen, in den meisten Fällen sogar stark betroffen (Cäsium Deposition über 1500 kBq/m^2). Auch in den meisten anderen europäischen Ländern einschließlich z.B. Großbritannien, Schweden oder Griechenland werden in den Fallstudien Depositionen über 185 kBq/m^2 erreicht.

Neben diesen Untersuchungen wurden auch mit dem Programm PC-COSYMA Analysen über die möglichen Auswirkungen eines schweren Unfalls in Österreich vorgenommen. PC-COSYMA ist ein anerkanntes, mit EU Unterstützung erstelltes Softwarepaket, das auch für Notfallplanungen herangezogen werden kann. Es bietet zwar nur eingeschränkte Möglichkeiten, komplexe meteorologische Prozesse abzubilden, ist aber geeignet Dosisberechnungen bis in etwa 100 km Entfernung durchzuführen.

Das für die Berechnungen verwendete Szenario entspricht der sogenannten V-Sequenz, dem von der tschechischen Aufsichtsbehörde vorgegebenen Unfall mit der größten Freisetzung radioaktiver Stoffe (SUJB; Mai 2001). Da wichtige Untersuchungen schwerer Unfälle für Temelin noch nicht oder nicht adäquat durchgeführt wurden, ist allerdings nicht gewährleistet, dass dieses Unfallszenarium tatsächlich jenes mit den schwersten Auswirkungen darstellt.

Die durchgeführten Berechnungen zeigen, dass in Gebieten, die vom Zentralbereich der radioaktiven Wolke überstrichen wurden, Cäsium-137 Depositionen von 1500 kBq/m² und darüber auftreten können.

Die Dosisberechnungen ergaben für eine Entfernung von 40 bis 100 km vom KKW Temelin im Zentralbereich der radioaktiven Wolke innerhalb von 2 Tagen eine Effektivdosis von mehr als 100 mSv. In diesem Fall würde gemäß den österreichischen Bestimmungen (BKA 1991) in den betroffenen Gebieten Gefährdungsstufe III ausgerufen. Die BewohnerInnen würden aufgefordert, sich nicht im Freien aufzuhalten und schützende Räume aufzusuchen. Kinder, Jugendliche, aber auch Erwachsene (bis 45 Jahre) würden aufgefordert, Kaliumjodidtabletten einzunehmen.

Die Schilddrüsendosis (berechnet für 2 Tage) könnte für die betroffenen Regionen auch jene Interventionsgrenze erreichen, die in der tschechischen Strahlenschutzverordnung zur Verabreichung von Kaliumjodidtabletten vorgesehen ist (100 mSv). Daraus geht hervor, dass - anders als in den Unterlagen von SUJB vom 20.5.2001 beschrieben - sehr wohl auch in Österreich die Notwendigkeit von Sofortmaßnahmen gegeben sein kann (siehe oben).

Bei Betrachtung der Erwartungsdosis für das erste Jahr nach einem solchen Unfall, könnte im Extremfall für die am stärksten betroffenen Gebiete auch die Gefährdungsstufe IV gemäß Rahmenempfehlungen der österreichischen Strahlenschutzkommission (BKA 1991) erreicht werden.

BERÜCKSICHTIGUNG SCHWERER UNFÄLLE IN DER UVP-PRAXIS IN ANDEREN LÄNDERN

Als Beispiel für die Handhabung der Umweltverträglichkeitsprüfung von Kernkraftwerken in anderen Ländern werden Bestimmungen der USA, als jenes Land mit der meisten Erfahrung auf diesem Sektor, und der Niederlande, als EU Mitgliedsstaat, der vor ca. 10 Jahren ein derartiges Verfahren für die Kernkraftwerke Borssele und Dodewaard durchgeführt hat, diskutiert.

Der Vergleich mit der Temelin Gesamt-UVP-Dokumentation vom 20.4.2001 und 20.5.2001 zeigt, dass in den beiden Beispielen eine umfassende Risikoanalyse für die Anlagen durchgeführt und ausführlich in den UVP-Dokumentationen dargestellt wurde und als Entscheidungsgrundlage diente. Diese Analysen beinhalten die Abschätzung von Eintrittswahrscheinlichkeiten von Kernschmelze für verschiedene unfallauslösende Ereignisse, das Rückhaltevermögen des Containments bei verschiedenen Kernschmelzeszenarien, die möglichen Freisetzungsszenarien von Radioaktivität (Quellterme), die Verfrachtung und Deposition der freigesetzten Radionuklide und letztlich

eine Dosisabschätzung und damit eine Abschätzung des zu erwartenden gesundheitlichen Risikos.

RECHTLICHE ASPEKTE

Die „Gesamt-UVP“ geht über das nationale tschechische UVP-Verfahren und über bestehende völkervertragsrechtliche Verpflichtungen der Tschechischen Republik hinaus. Sowohl das Abkommen von Melk als auch die gemeinsame Erklärung der Minister Kavan und Molterer vom 12.2.2001 stellen fest, dass die laufende Umweltverträglichkeitsprüfung zu 78 Bauänderungen zu einer umfassenden Gesamt-UVP erweitert werde. In der Kavan-Molterer-Erklärung findet sich die Aussage: „Die fachlichen Ergebnisse der Prüfung haben von zuständigen Organen der Staatsverwaltung bei den anstehenden Verwaltungs- bzw. Bewilligungsschritten gemäß nationalem Recht beachtet und umgesetzt zu werden.“

Die Gesamt-UVP wird von einem eigens dazu eingerichteten Organ, der tschechischen UVP-Kommission, geleitet, während die nationale UVP gemäß tschechischem UVP-Gesetz vom tschechischen Umweltministerium durchgeführt wird.

Die UVP-Richtlinie und auch das Kavan-Molterer-Übereinkommen vom 12.2.2001 sehen vor, dass die Ergebnisse der Gesamt-UVP in den noch zu erteilenden Bewilligungen, insbesondere nach Baugesetz und Atomgesetz, zu berücksichtigen sind. Unter Berücksichtigung ist dabei das Eingehen der zuständigen Behörden auf die in der UVP getroffenen Sachverhaltsfeststellungen (Ergebnisse der Umweltverträglichkeitsprüfungsdokumentation bzw. der Berichte der UVP-Kommission, Einwendungen der Öffentlichkeit, Ergebnisse der Konsultationen mit Österreich, in deren Rahmen auch diese Stellungnahme abgegeben wird), und gegebenenfalls die Vorschreibung von Auflagen oder die Versagung der Bewilligung, zu verstehen.

Die Frage der Anknüpfung des Melk-Prozesses an die nationale UVP und die nationalen Bewilligungsverfahren ist somit noch offen, sie wird aber spätestens beim Erfordernis der rechtsverbindlichen Berücksichtigung bei der Genehmigung des Vorhabens Aktualität erlangen.

Festzuhalten ist weiters, dass gem. Art. 7 Abs. 4 der EU-UVP-Richtlinie die beteiligten Mitgliedstaaten Konsultationen aufnehmen, die unter anderem die potentiellen grenzüberschreitenden Auswirkungen des Projekts und die Maßnahmen zum Gegenstand haben, die der Verringerung oder Vermeidung dieser Auswirkungen dienen sollen.

SOURHN

V Dohodě z Melku se dohodli spolkový kancléř Schüssel a premier Zeman za účasti komisaře Verheugenana provedení celkového hodnocení vlivů jaderné elektrárny Temelín v souladu s EU směrnici o EIA a na účasti veřejnosti v souladu s úmluvou Espoo.

Ověření alternativ (nulová varianta)

Na základě úmluv s českými členy komise EIA (scoping list), která se vztahuje na směrnici EU ohledně řízení UVP, a podkladů, předaných českou stranou, bylo pro dané zaujetí stanoviska vyšetřováno,

- zda existuje alternativa, která za srovnatelné hospodářské výhodnosti způsobuje menší ekologickou zátěž či menší potenciální ekologická ohrožení, a
- zda je u projektu jako takového zachován přiměřený poměr mezi ekonomickou užitečností a skutečnou a potenciální ekologickou zátěží.

Za tímto účelem je vyšetřována i možnost dostavby a zahájení provozu Temelína i její potenciální alternativy ohledně ekonomických a s tím spojených jednotlivých dopadů na životní prostředí.

Je nutno hned na začátku podotknout, že projekt JE Temelín je po započtení všech doposud investovaných prostředků v každém případě neekonomický a tím již způsobil národohospodářskou škodu, která bude každopádně po delší dobu zatěžovat české národní hospodářství – pravděpodobně v podobě silně redukováných výnosů z privatizace (ve srovnání se scénářem bez JE Temelín) (viz. konečnou zprávu „Expertní tým pro nezávislé ohodnocení projektu dostavby JE Temelín“, objednané českou vládou, leden 1999). U momentálních analýz hospodárnosti, které neberou ohled na doposud investované prostředky („Sunk Cost“), jde tedy pouze o „omezení škody“, t.j., hledá se opce, která by vedla k co největšímu omezení již vzniknuté škody.

Za tímto účelem byly pro dané zaujetí stanoviska provedeny ekonomické srovnávací výpočty, vycházející z „ideálního stavu“, že by JE Temelín (blok 1) byla ihned schopna provozu (t.j., náklady na dostavbu bloku 1 a hlavně bloku 2 nejsou prozatím brány v úvahu) a provoz by mohl být uskutečněn dle plánu (t.j. 6000 hodin plného ročního zatížení).

Vychází-li se z těchto předpokladů, jsou z hlediska podnikového hospodářství – t.j. z hlediska ČEZ – příspěvky na úhradu, nahospodařeny z běžného provozu elektrárny a použity na pokrytí investičních nákladů a očekávaných profitů, hlavní kritérium ohodnocení. Přitom jsou příspěvky na úhradu následovně definovány v provedených výpočtech: výtěžky (z prodeje proudu) bez nákladů na palivo, ostatních variabilních nákladů a stálých nákladů na běžný provoz (především vedení závodu, údržbu a opravy).

Z těchto výpočtů vyplývá,

- že zahájení provozu Temelína nemá za současných tržních podmínek žádné hospodářské výhody, neboť tím nedojde k nahospodaření dodatečných příspěvků na úhradu;
- že zahájení provozu Temelína pravděpodobně nepovede po stránce znečišťování ovzduší k ozdravení životního prostředí a proto musí být z ekologického hlediska posouzeno jako nejnevýhodnější, a to proto, že z hospodářských důvodů musí být v důsledku zahájení Temelína rozšířen odbyt;
- že zahájení provozu Temelína povede k ozdravení životního prostředí jen za cenu, že hospodářský výkon (ve smyslu nahospodařených příspěvků na úhradu) zůstane v každém případě pozadu za scénárii, které neberou zahájení provozu JETE v úvahu;
- že zahájení provozu Temelína povede současně ke zvýšení jaderného rizika.

Přitom je důležité podtrhnout, že v daném srovnávacím výpočtu nebyly brány v úvahu investice, které musí být dodatečně realizovány před zahájením provozu JETE. Mimotoho existuje v případě rozhodnutí pro dostavbu a zahájení provozu řada významných rizik, které by neexistovaly v případě, že by nedošlo k zahájení provozu. Tato specifická rizika zahájení provozu zdůrazňují ještě lépe, že je z hospodářského hlediska výhodnější, aby provoz nebyl zahájen:

- Riziko dalšího překročení nákladů před zahájením komerčního provozu: Pouze s ohledem na bezpečnostně technické zařízení byly na základě dosavadních výsledků dialogu k jaderné bezpečnosti JE Temelín zjištěny požadavky na dodatečné zařízení, jejichž náklady by se mohly pohybovat mezi 1 miliardou CK a 4 miliardami CK. Také po strojové a elektrotechnické stránce ukázal zkušební provoz řadu technických nedostatků, jejichž řešení by mohlo být velice nákladné.
- Riziko nespolehlivého provozu, které na základě známých provozních údajů stávající VVER-1000 v žádném případě nelze vyloučit.
- Překážky při rozšiřování odbytu, které se zdá být z hospodářského hlediska nutné v případě zahájení provozu Temelína. Nejdůležitější překážky: příliš malé zvýšení domácí poptávky; omezení kapacit vedení, opětné importy prostřednictvím distribučních společností.
- Riziko vývoje cen na střeoevropských trzích s elektřinou, neboť zahájení provozu by vedlo jen při podstatně vyšších cenách elektřiny k vyšším příspěvkům na úhradu (podaří-li se současně silně rozšíření odbytu, což je do jisté míry v rozporu s nutným zlepšením dodávkových cen).

Vedle prezentovaného hospodářsky ekologického srovnávacího výpočtu analyzuje předložené stanovisko podrobně některé podstatné tvrzení uvedené v podkladech předaných českou stranou (dodatečné předání cestou českého ministerstva zahraničí květen 2001) a prokazuje – v rozporu s argumentací uvedené ve výše zmíněných podkladech – že,

- elektrárenskému podniku ČEZ nevznikne žádná škoda, nebude-li provoz JE zahájen, nýbrž že naopak lze vycházet z toho, že nebude-li provoz zahájen, bude hospodářský výnos větší než způsobená škoda. To souvisí v první řadě s tím, že za současných tržních podmínek nepovede zahájení provozu Temelína k žádnému zvýšení výnosu pro elektrárenský podnik, což znamená jinými slovy, že za těchto podmínek nemají investice do JE Temelín v hospodářském smyslu žádnou cenu.
- zaprvé celý investiční projekt Temelín již značně snížil dosažitelné výtěžky z privatizace pro ČEZ a že zadruhé ještě vůbec není jasné, že by výtěžky z privatizace byly vyšší při zahájení provozu Temelína než kdyby byl projekt ukončen nebo pozastaven. To proto, že potenciální investoři dbají vedle strategických úvah hlavně na hodnotu podnikatelského výtěžku a proto, že zahájení provozu Temelína s vysokou pravděpodobností tuto hodnotu nejen nezvýší, ale že přivede s sebou další rizika.
- že mohou být účetnické následky nezahájení provozu, zmíněny v podkladech předložených českou stranou (jednorázové odepsání celé částky investovaného kapitálu buď přímo nebo pomocí vytvoření fondu), řešeny po provedení privatizace.
- že zahájení i nezahájení provozu bude mít z dnešního hlediska každopádně zanedbatelný vliv na zaměstnanost, že ale současně celý projekt Temelín bude mít negativní vliv na zaměstnanost, neboť tento nerentabilní projekt bude po několik let zatěžovat české národní hospodářství (pravděpodobně v podobě snížených výtěžků z privatizace).
- že by z hospodářského hlediska bylo nepochopitelné zakládat rozhodnutí, které musí být nyní uděláno ohledně dostavby a zahájení provozu, na absolutně nejistých budoucích příjmech z obchodů s CO₂, jelikož do dnes neexistují rámcové podmínky, které musí být teprve ustanoveny na mezinárodní úrovni, a proto jsou cenové domněnky čisté spekulace.
- že na základě předpokládaného hospodářského vývoje a kvalitativních následcích očekávaného zrychleného hospodářského růstu (technologická inovace a strukturální efekty ve spojení se ztrátami podílu na trhu s tepelnou energií) nelze považovat předpovězený 5%ní roční nárůst spotřeby energie za reálný. Naopak lze předpokládat, že

právě očekávaný hospodářský růst povede k postupnému snížení intenzity odběru proudu. Proto lze vycházet z toho, že se spotřeba proudu v příštích 3 až 5 letech nanejvýše o trochu zvýší, a to v rozmezí mezi 1% a 2 %.

- že ani při zvýšené poptávce není jisté, že ČEZ udrží svou dnešní úroveň odbytu. To platí hlavně pro případ plného otevření trhu, které úzce souvisí s nastávajícím vstupem České Republiky do EU.

Obě zásadní otázky daného zaujetí stanoviska lze tedy následovně zodpovědět:

- Alternativy k zahájení provozu Temelína, které vedou za srovnatelné hospodářské užítkovosti k menšímu ekologickému zatížení či riziku, bezpochyby existují;
- K hospodářské výhodě dojde potenciálně jen tehdy – situace, která je velice nepravděpodobná – může-li být odbyt rozšířen o celou produkci v Temelíně. V tomto případě jsou ekologické dopady a jaderná rizika největší. Rozsah potenciální hospodářské výhody v tomto scénáři není přiměřeně úměrný způsobenému většímu zatížení životního prostředí, hlavně v souvislosti s doprovodnými technickými a tržními riziky.

Životní prostředí a zdraví

Omezení hodnocení ekologického dopadu JE Temelín na normální provoz nepřipadá ve smyslu směrnice EU o EIA v úvahu, neboť podle směrnice EU o EIA musí být popsány všechny možné dopady plánovaného projektu na životní prostředí. Přinejmenším je zapotřebí brát mimo jiné v úvahu ekologický dopad výroby paliva a zneškodnění odpadů vzniklých v průběhu provozu a v rámci likvidace elektrárny.

Stanovení komise EIA, že při zneškodňování vyhořelých palivových článků nedochází k žádnému ekologickému riziku, nelze ověřit, neboť nebyl předložen žádný odpovídající konkrétní koncept.

V souladu s úmluvou Espoo musí být ohodnoceny i ekologické dopady nehod, jejichž následky mohou postihnout velké oblasti, a totiž i tehdy, je-li pravděpodobnost jejich vzniku malá.

Chybí prezentace ekologického dopadu radioaktivních emisí cestou spalín a nelze potvrdit závěr, podle něhož by mezní hodnoty zatížení pro obyvatele zdaleka nebyly dosaženy.

Dopad odvodu radioaktivních látek cestou odpadních vod ve spojení s účinkem ostatních odpadních vod a odpadního tepla zatěžuje dané vodní ekosystémy a pravděpodobně znamená na základě potravinového řetězce i zátěž pro člověka. Komise EIA neudělala ohledně tohoto problému žádnou výpověď.

Vyšetřování dopadu JE na zdravotní stav obyvatelstva se vztahuje pouze na dopad normálního provozu. V úvahu je brán jen okruh 13 km okolo JE Temelín. Závažný nedostatek předložené studie dopadu na zdraví člověka spočívá v tom, že chybí údaje k onemocněním (rakovina štítné žlázy, dětská leukémie, deformace u novorozenců), která prokazatelně mohou být způsobena ionizujícím zářením. Není rovněž vyřešeno, jakým způsobem má být v budoucnu sledován zdravotní stav obyvatelstva.

Dvě ze tří podle dokumentace EIA z 20.5.2001 prozkoumaných referenčních havárií, které jako projektové nehody mají relativně omezené radiační důsledky na okolí, vykazují pravděpodobnost vzniku, která je menší než pravděpodobnost vzniku těžkých havárií.

V této dokumentaci EIA se neprojednávají pro Temelín důležitá kategorie projektových analýz s únikem z primárního do sekundárního okruhu.

Také nehody způsobené externími událostmi nebyly analyzovány v této dokumentaci EIA dostačujícím způsobem.

Dokumentace EIA z 20.4.2001 došla kromě jiného k závěru: „Hodnocení radiačních následků vybraných referenčních havárií Jaderné elektrárny Temelín ukazuje, že ani při použití

konzervativních předpokladů neplyne z výsledků, že by mohlo dojít k ohrožení zdraví obyvatelstva v České republice nebo v sousedních zemích – Rakousku a Německu.“

Naproti tomu je nutné poznamenat:

- Pojem „ohrožení zdraví“ nebyl jasně definován.
- Dodržení limitních dávek nebylo dokazováno. Neexistují žádné vysvětlující popisy k odpovídajícím výpočtům.

Několik aspektů předloženého havarijního plánu vedou k domněnce, že české úřady nicméně počítají se dalekosáhlými, lidské zdravé potenciálně ohrožujícími možnými následky havárií.

Scénáře těžkých havárií ve zprávě SÚJB (20.5.2001)

Dokumenty, které předal ČEZ v rámci hodnocení vlivů na životní prostředí (Investprojekt 2001) neobsahovaly údaje o těžkých haváriích a možných následcích, t.j. o nehodách, které přesahují projektové havárie a při nichž může dojít k většímu uvolnění radioaktivních látek do životního prostředí.

Dodatečné informace o těžkých haváriích, které byly na žádost Rakouska předané (SÚJB, v květnu 2001) neodpovídají mezinárodním zvyklostem, ani požadavku EU směrnice (EC 97/11/EC). Přesto bylo možné provést na základě údajů o inventáři a zdrojovém členu, který byl základem pro stanovení českého havarijního plánu, obsažených v tomto dokumentu, vlastní odhad možných následků takových havárií na Rakousko.

Pravděpodobnost výskytu tavení aktivní zóny pro Temelín (core damage frequency – CDF) překračuje podle Pravděpodobnostní bezpečnostní analýzy, kterou provozovatel objednal v roce 1995, hodnotu 10^{-5} za rok, což je nad bezpečnostním cílem států Evropské Unie a Ruska. Dále se nedodrží z důvodů vysoké pravděpodobnosti možnosti obtoku kontejnmentu pro Temelín bezpečnostní cíl INSAG/IAEA.

Pravděpodobnost výskytu tavení aktivní zóny pro Temelín se odhaduje podle havarijních sekvencí, které ústí do obtoku kontejnmentu. Jedná se při tom o jasnou odchylku od praxe v členských zemích Evropské Unie.

Z důvodu neprovedených, resp. neodpovídajících analýz těžkých havárií, především u integrity kontejnmentu při těžkých haváriích, nelze vyloučit, že pravděpodobnost těžkých havárií se ještě podcenila.

Analýza, která se použila pro stanovení havarijního plánu je z hlediska rakouské strany nedostačující z důvodu neprovedených analýz. Jestliže nelze zaručit integritu kontejnmentu při těžkých haváriích, musíme počítat s větším uvolněním radioaktivity než bylo odhadnuto používáním sledovaných havarijních sekvencí pro havarijní plánování.

Opatření ke snížení pravděpodobnosti výskytu a/nebo opatření k omezení následků těžkých havárií se v rámci celkového posouzení Temelína ani v dokumentech SÚJB neprojednávají, přestože provozovatel Temelína již nechal provést první pilotní studii o těchto opatřeních a v publikacích se projednávalo velké množství opatření. To neodpovídá EU směrnici, která požaduje od provozovatele projektu *“popis opatření, kterými se závažné negativní následky vylučují, omezují a pokud možno vyrovnají.”*

Analýza těžkých havárií v rámci dokumentu k celkovému posouzení Temelína (včetně dokumentů o těžkých haváriích) je nedostačující, co se týká obsahu i úplnosti.

Havarijní plánování JE Temelín

Definice MAAE k určení zón havarijního plánování (IAEA TECDOC 953 1997), která se zřejmě použila pro Temelín, ponechává mnoho volnosti při konkrétním použití. Z toho důvodu by bylo žádoucí poskytnout více informací o metodice použité k určení velikosti zón 1 a 2 pro Temelín. Tyto zóny s rozměrem 5 a 13 km se však nacházejí vylučně na českém území. Zóna 3, zóna dlouhodobých opatření (LPZ), která podle ústně podaných informací zahrnuje celou ČR, bezpochybně zahrnuje také rakouské a německé území a měla by v souladu s doporučením MAAE (IAEA TECDOC 953 1997) být určena stejným způsobem. Přeshraniční koordinace havarijního plánování a ochranných opatření je nutná.

Ačkoliv zóna 3 je především definována z hlediska dlouhodobých následků radioaktivní zátěže, v zásadě může jako důsledek restriktivního určení zóny 2 a 3 dojít také v zóně 2 k nutnosti provedení neodkladných opatření. V konkrétním případě se to však vylučuje v dokumentech SÚJB (SÚJB, v květnu 2001): „*Irradiation of neighboring countries people on dose levels (i.e. for accidents with the probability equal or lower than 10^{-7} /year), for which implementation of the urgent protective measures is justified and reasonable, can not be occurred*“. Jako zásahovou úroveň pro neodkladná opatření stanoví český zákon efektivní dávku 10 mSv jako dvoudenní dávku. Výpočty, které by dokázaly, že tato dávka nemůže být dosažena ve vzdálenosti 50 km a více a tím by potvrdily uvedenou úvahu, se nepředložily. V souladu s EU-směrnicí o EIA by bylo nutné, aby se navrhovatel projektu seriózně zabýval možnými přeshraničními vlivy svého zařízení.

Vlastní analýza těžkých havárií

Stanovisko, že lze vyloučit nutnost neodkladných opatření v sousedních zemích, se nachází v jasném rozporu k výsledkům rakouských výpočtů.

Na základě údajů dokumentace EIA z 20.5.2001, doplněné meteorologickými údaji, které jsou mezinárodně k dispozici, se pro předložené stanovisko Rakouska analyzovaly následky těžké havárie v JE Temelín.

Jednak se pomocí takzvaného „částicového modelu“ analyzovaly pro 88 přes rok 1995 rovnoměrně rozdělené meteorologické podmínky následky pro těžkou havárii, jak ji popsal SÚJB. Výpočty ukazují, že by se následky velkého úniku radioaktivních látek z JE Temelín neomezily výlučně na bezprostřední okolí elektrárny, nýbrž by se v závislosti na meteorologických podmínkách dotkly také vzdálených oblastí Evropy.

Pravděpodobnost vzniku těžké havárie v Temelíně je sice nízká, jestliže však k tomu dojde, je Rakousko díky geografické poloze a meteorologickým podmínkám s poměrně vysokou pravděpodobností dotčené, ve většině případů dokonce silně dotčené (depozice césia nad 1500 kBq/m²). Také ve většině dalších evropských zemí, včetně například Velké Británie, Švédska nebo Řecka, se dosáhne podle analýz případů depozice přes 185 kBq/m².

Kromě této analýzy se také provedly programem PC-COSYMA analýzy o možných dopadech těžké havárie na Rakousko. PC-COSYMA je uznaný, s podporou EU zpracovaný software, který lze použít také pro havarijní plánování. Nabízí jenom omezené možnosti pro zobrazení komplexních meteorologických procesů, je však vhodné pro provedení výpočtu dávek do vzdálenosti až ca. 100 km.

Scénář použitý pro výpočet odpovídá takzvané sekvenci V, kterou SÚJB udává jako havárii s největším uvolněním radioaktivních látek (SÚJB, v květnu 2001). Protože důležité analýzy těžkých havárií pro Temelín ještě nebyly provedeny, nebo byly provedeny neodpovídajícím způsobem, však nelze zaručit, že tento scénář je skutečně scénář s nejzávažnějšími následky.

Provedené výpočty dokazují, že může v územích, která se nacházejí v ose radioaktivního oblaku, dojít k depozici césia 137 ve výši 1500 kBq/m² a více.

Výpočet dávek ukázal pro vzdálenost 40 až 100 km od elektrárny Temelín v ose radioaktivního oblaku během dvou dní efektivní dávku přes 100 mSv. V tomto případě by se vyhlásila podle rakouských předpisů (BKA 1991) v dotčených oblastech úroveň ohrožení III. Obyvatelé by neměli být venku na čerstvém vzduchu a měli by vyhledat uzavřené místnosti. Děti, mládež, dokonce dospělí (do 45 let) by měli brát jodidové tablety.

Dávka pro štítní žlázu (výpočet pro 2 dny) by mohla v dotčených regionech dosáhnout také zásahovou úroveň, pro kterou český radiologický řád počítá s distribucí jodidových tablet (100 mSv). Z toho vyplývá, že – v rozporu k údajům v dokumentech od SÚJB z 20.5.2001 – může také v Rakousku dojít k situaci, kdy je uplatnění neokladných opatření nutné (viz výše).

Očekávaná dávka v prvním roce po takové nehodě by mohla v krajním případě v nejsilnější dotčené oblasti dosáhnout také úroveň ohrožení IV v souladu s rámcovým doporučením rakouské radio - hygienické komise (BKA 1991).

Zohlednění těžkých havárií v praxi EIA v jiných zemích

Jako příklad pro implementaci EIA pro jaderné elektrárny v jiných zemích uvádíme předpisy z USA, jako země s největší zkušeností v tomto oboru, a z Nizozemska jako země EU, která před asi 10 lety provedla tento proces pro jaderné elektrárny Borssele a Dodewaard.

Ve srovnání s celkovou dokumentací EIA Temelín z 20.4.2001 a 20.5.2001 se ukázalo, že v obou případech byla provedena obsáhlá riziková analýza pro toto zařízení, která byla použita v EIA-dokumentacích a sloužila jako podklad pro rozhodnutí. Tyto analýzy obsahují odhad pravděpodobnosti vzniku tavení aktivní zóny pro různé iniciační události, retenční kapacitu kontejnmentu pro různé scénáře tavení aktivní zóny, možné scénáře uvolnění radioaktivity (zdrojový člen), rozptyl a depozici uvolněných radionuklidů, odhad dávek a tím také odhad očekávaných zdravotních rizik.

Právní aspekty

„Celkové posouzení“ přesahuje rámec české EIA jakož i existující povinnosti ČR vyplývající z mezinárodního práva. Protokol z Melku a Společné prohlášení

ministra Kavana a ministra Molterera z 12.2.2001 konstatuje, že probíhající EIA k 78 změnám stavby se rozšíří na obsáhlou celkovou EIA. Ve Společném prohlášení Kavan-Molterer se konstatuje: „Odborných výsledků prověření mají dbát a uplatňovat je příslušné orgány státní správy v odpovídajících administrativních a povolovacích krocích podle národního práva.“

Celkové posouzení bude řídit zvláště vytvořený orgán – česká komise EIA, ačkoliv národní EIA provádí v souladu s českým zákonem o EIA české Ministerstvo životního prostředí.

Směrnice EIA a společné prohlášení Kavan-Molterer z 12.2.2001 přepokládají, že výsledků celkového posouzení se bude dbát v povoleních, která ještě nebyla udělena, především podle stavebního a atomového zákona. Pojem „dbát“ lze vyložit tak, že dotčené orgány zohlední fakta vyjádřená v EIA (výsledky dokumentace EIA, resp. zprávy komise EIA, námítky veřejnosti, výsledky konzultace s Rakouskem, v jejichž rámci se předá také toto stanovisko) a případně předepíše dodatečné podmínky nebo neudělí povolení.

Otázka návaznosti procesu z Melku na českou EIA a české povolovací řízení je ještě otevřená, bude však aktuální nejpozději při právním zohlednění při povolení záměru.

Nutné konstatovat, že podle ust. 7, odst. 4 EU směrnice o EIA zúčastněné členské státy provedou konzultace, které kromě jiného projednají možné přeshraniční vlivy projektu a opatření, která slouží k omezení nebo k prevenci těchto následků.

1 EINLEITUNG – DIE UMWELTVERTRÄGLICHKEITSPRÜFUNG IM RAHMEN DES MELKER PROZESSES

1.1 Die UVP für Temelin nach tschechischem Recht

Das geltende tschechische Umweltverträglichkeitsprüfungsgesetz (UVP-Gesetz, Nr. 244/1992 Slg.) sieht eine UVP-Pflicht für Kernkraftwerke und deren Änderungen vor (§ 1 in Verbindung mit § 2 Abs. 1 und Anhang 11 Ziffer 3.3 UVP-G).

Die UVP ist vor Erteilung der entsprechenden Bewilligungen nach den Materiengesetzen, also insbesondere nach dem Baugesetz, aber auch nach dem Atomgesetz und vor Verwirklichung der Änderungen durchzuführen und bildet eine Grundlage für die Entscheidung dieser Behörden.

Nachdem sich die tschechischen Behörden ursprünglich auf den Standpunkt gestellt hatten, dass eine „nachträgliche“ UVP für das ursprünglich bereits im Jahr 1986 baurechtlich genehmigte KKW nicht möglich und eine UVP für die nunmehr erfolgten Änderungen (die insbesondere im Einbau eines neuen Steuerungssystems bestehen) nach dem tschechischen UVP-Gesetz nicht erforderlich sei, führt das in erster und letzter Instanz zuständige Obergericht Prag führt in seinem - rechtskräftigen und nicht mehr anfechtbaren - Präzedenzurteil vom 22.2.1999, GZ 6 A 82/97-70, aus, dass jede Änderung eines Baues, der bei Neuerrichtung einer UVP unterliegen würde, einer UVP zu unterziehen ist, gleich ob diese nach Fertigstellung oder während der Errichtung geplant ist.

Nicht betroffen von dieser UVP-Pflicht sind jedoch Verwaltungsverfahren, die vor Inkrafttreten des UVP-G, d.i. der 1.7.1992, eingeleitet wurden.

Im Anschluss an dieses Urteil wurden Umweltverträglichkeitsprüfungen für einzelne Änderungen des KKW-Projekts gegenüber dem ursprünglichen Projekt aus 1986 durchgeführt.

Zu der im Oktober 2000 an Österreich übermittelten UVP-Dokumentation betreffend zahlreiche Bauänderungen stellte ein österreichisches Expertenteam fest:

„Die ursprüngliche Baugenehmigung ist grundsätzlich keiner nachträglichen UVP zu unterziehen, ebenso wenig jene Teile des ursprünglichen Bauprojektes, die unverändert geblieben sind. Grundsätzlich sind die Umweltauswirkungen eines Vorhabens in der UVP aber in einer umfassenden und integrativen Gesamtschau darzulegen und es ist geboten, Änderungen eines Vorhabens in ihrer Gesamtheit zu betrachten und zu beurteilen. Die Änderungen sind auch im Verhältnis zu aus dem ursprünglichen Projekt unverändert übernommenen Projektbestandteilen zu beurteilen, wobei man davon ausgehen kann, dass sich durch das Zusammenspiel der „alten„ und der „neuen„ Komponenten des Kraftwerks ein einheitlicher Sicherheitszustand ergibt, der für die Beurteilung der Auswirkungen des KKW auf die Umwelt insbesondere im Fall einer Havarie entscheidend ist. Es ergibt sich somit ein Beurteilungsgegenstand der UVP, der weiter ist als der den Änderungsgenehmigungen zu Grunde liegende Entscheidungsgegenstand.

Ob eine solche Gesamtbeurteilung dort, wo sie notwendig ist, durchgeführt wurde, kann in Kenntnis der vorgelegten UVP-Dokumentation nicht bestätigt werden.“ (Umweltbundesamt GmbH, Teil-UVe II Temelin, Bericht an die Österreichische Bundesregierung, November 2000, S. 6)

1.2 Das Melker Abkommen

Die von den Experten geäußerte und auch seitens der Öffentlichkeit in Österreich, Tschechien und Deutschland vorgebrachte Kritik, dass die – nach europäischen und internationalem Recht – für die UVP wesensbestimmende Gesamtbeurteilung in der bisher auf Basis tschechischen Rechts durchgeführten Teil-UVP nicht erfolgt sei, aber auch die Tatsache, dass Österreich am Verfahren nicht formell teilnehmen konnte, bewog die Regierungschefs Österreichs und Tschechiens zu Verhandlungen.

Am 12.12.2000 vereinbarten Bundeskanzler Schüssel und Ministerpräsident Zeman im Beisein des Kommissars der Europäischen Kommission für Erweiterungsfragen, Verheugen, im niederösterreichischen Melk die Durchführung einer umfassenden Gesamt-UVP für das KKW Temelin. Der entsprechende Art. 5 des Abkommens von Melk lautet:

“V. Environmental Impact Assessment

The European Commission will assist and monitor the environmental impact assessment of the NPP Temelin. The Czech authorities will voluntarily extend the ongoing environmental impact assessment of 78 design changes into a comprehensive and full-scope environmental impact assessment of the whole plant taking fully into account the expertise that was done up to now. In procedural terms this extension shall be guided by the Council Directive on the assessment of the effects of certain public and private projects on the environment (Council Directive 85/337/EEC as amended by Council Directive 97/11/EC), in particular with regard to the participation of neighbouring countries. The extended environmental impact documentation to be released to the public will comprise the project documentation and other reference documents to the extent necessary to understand and assess the conclusions of the environmental impact documentation respecting European standards including criteria of business secrecy.”

Aus dieser Vereinbarung folgt aus österreichischer Sicht:

- Die laufende UVP zu 78 Bauänderungen nach tschechischem Recht wird von der tschechischen Seite freiwillig, aber (zumindest gegenüber Österreich) verbindlich auf eine Gesamt-UVP ausgedehnt.
- Die UVP wird umfassend sein, und zwar im Licht der Anforderungen der EU-UVP-Richtlinie (85/337/EWG i.d.F. 97/11/EG); die Umweltverträglichkeitserklärung (UVE) muss jedenfalls auch jenes Referenzmaterial enthalten, das für die Beurteilung der Schlussfolgerungen der UVE notwendig ist. Für den Umfang der UVE sind weiters „europäische Standards“ heranzuziehen, einschließlich der europäischen Standards, die für Betriebsgeheimnisse gelten (Art. 10 EU-UVP-Richtlinie verweist diesbezüglich aber auf die einzelstaatlichen Rechtsvorschriften und die „herrschende Rechtspraxis“).
- Auch bei der Bewertung hat man sich zu bemühen, „europäische Standards“ als Maßstab zu nehmen.
- Im Verfahren wird die EU-UVP-Richtlinie beachtet, d.h. einschließlich des Art. 7, der die Espoo-Konvention über die UVP im grenzüberschreitenden Rahmen umsetzt (=Information und Beteiligung der österreichischen Öffentlichkeit, Konsultationen mit Österreich).

1.3 Die bisherige Durchführung der UVP nach dem Melker Abkommen

Am 17.1.2001 fasste die tschechische Regierung einen Beschluss über die institutionellen und methodischen Grundlagen der Gesamt-UVP (Regierungsbeschluss Nr. 65). In diesem Beschluss wird der Industrieminister mit der technischen und organisatorischen Abwicklung betraut und eine UVP-Kommission eingerichtet, deren vier Mitglieder je zur Hälfte vom Industrie- und vom Umweltministerium nominiert werden. Österreich und Deutschland wird in

diesem Regierungsbeschluss angeboten, je einen „Beobachter“ in die Kommission zu entsenden, die EU einen „Vertreter“. Der Regierungsbeschluss identifiziert auch in sehr allgemeiner Weise acht Untersuchungsbereiche für die UVP.

Dieser Regierungsbeschluss stellt die Grundlage für nachfolgende österreichisch-tschechische Verhandlungen über Inhalt und Durchführung der Gesamt-UVP dar, die in eine Vereinbarung zwischen dem österreichischen Umweltminister Molterer und dem tschechischen Außenminister Kavan zur Umsetzung der Vereinbarung von Melk vom 12.2.2001 gipfelten.

Im Sinne des Melker Übereinkommens hat die österreichische Seite bereits ihre Vorstellungen über den Untersuchungsrahmen der UVP („Scoping-Liste“) an Tschechien übermittelt.

In der „Kavan-Molterer“-Vereinbarung vom 12.2.2001 wurde nun präzisiert, dass die Gesamt-UVP eine freiwillige Erweiterung der laufenden UVP zu 78 Bauänderungen gemäß tschechischem Recht darstellt, die nach der EU-UVP-Richtlinie durchgeführt wird und deren fachliche Ergebnisse von den zuständigen tschechischen Behörden in den „anstehenden Verwaltungs- bzw. Bewilligungsschritten gemäß nationalem Recht“ beachtet und umgesetzt werden; die Festlegung des Untersuchungsrahmens (Scoping-Liste) werde durch die UVP-Kommission festgelegt, wobei dem österreichischen Vorschlag dazu besonderes Augenmerk geschenkt würde. Weiters wird in dieser ausführenden Vereinbarung versucht, die Rolle der UVP-Kommission dahingehend zu präzisieren, dass ihr eine Prozesssteuerungsfunktion zukommt (Prüfung der von der Betreiberin ČEZ vorgelegten Unterlagen auf Vollständigkeit und Nachvollziehbarkeit, Stellung von Nachforderungen, Durchführung der Öffentlichkeitsbeteiligung, Teilnahme an bilateralen Konsultationen).

Die UVP-Kommission hielt drei Sitzungen ab, an denen gemäß dem Kavan-Molterer-Übereinkommen jeweils zwei Beobachter Österreichs, Deutschlands und der Europäischen Kommission teilnahmen.

Auf der dritten Sitzung der Kommission gelang es schließlich, gemeinsam einen verbindlichen Untersuchungsrahmen (Scoping-Liste) zu beschließen, wobei auf eindringlichen österreichischen Wunsch auch die vom Projektwerber geprüften Alternativen enthalten waren. Die Auswirkungen schwerer Unfälle, d.s. Unfälle, für die das Kraftwerk nicht ausgelegt ist und die mit der eingebauten Sicherheitstechnik nicht vollständig beherrschbar sind, sollten in einem eigenen Forum und in einem eigenen Dokument behandelt werden.

In den Sitzungen der UVP-Kommission konnte Einigung mit den österreichischen Beobachtern in Bezug auf einige Eckpunkte der Öffentlichkeitsbeteiligung erzielt werden. Der von der UVP-Kommission zu erstellende Bericht sollte 30 Tage öffentlich aufgelegt werden, die Übersetzung des Berichtes ins Deutsche von Österreich und Deutschland durchgeführt werden. Keine Einigung konnte in Bezug auf den Umfang der aufzulegenden Unterlagen erzielt werden.

Am 14. April 2001 wurde schließlich der Bericht der UVP-Kommission („Beurteilung des Einflusses des Kernkraftwerkes Temelin auf die Umwelt“) in tschechischer Sprache an Österreich übermittelt. Diesem Bericht angeschlossen war die Zusammenfassung der Ergebnisse eines Workshops, bei dem tschechische mit österreichischen Experten unter anderen Themen die Frage von Wahrscheinlichkeit und Auswirkungen schwerer Unfälle diskutierten und das von der tschechischen Seite als das zu diesem Thema vereinbarte „gesonderte Forum“ zum Thema „Schwere Unfälle“ angesehen wurde (Severe Accident Forum).

Diese Unterlagen waren nach Ansicht der österreichischen Seite teilweise unvollständig und es wurde in einer diplomatischen Note ihre Komplettierung gefordert. Österreich forderte im Wesentlichen

- einerseits eine Vervollständigung der Variantenanalyse um die Betrachtung der Null-Variante (Nichtinbetriebnahme);
- andererseits eine Vervollständigung der Dokumentation zu den schweren Unfällen, um die Auswirkungen dieser Unfälle auf österreichisches Staatsgebiet zuverlässig abschätzen zu können.

Das Verfahren zur Beteiligung der Öffentlichkeit könne somit solange als nicht eröffnet angesehen werden, als der österreichischen Seite keine vollständige Gesamtdokumentation übergeben werde und solange diese nicht von tschechischer Seite in englischer oder deutscher Sprache der Öffentlichkeit zugänglich gemacht werde.

Als Ergebnis der weiteren Verhandlungen auf politischer Ebene – die am 12.5.2001 in einer neuerlichen Vereinbarung zwischen den Ministern Kavan und Molterer mündeten – wurden schließlich von tschechischer Seite Dokumente zur Nullvariante und zu schweren Unfällen sowie eine Information über die aktuellen Turbinenprobleme nachgeliefert. Diese Angaben stellen zusammen mit der ursprünglich vorgelegten UVP-Dokumentation das Material dar, zu dem diese Stellungnahme abgegeben wird.

1.4 Rechtliche Beurteilung des Melk-Prozesses

Wie bereits oben unter 1. ausgeführt, wird in der Tschechischen Republik eine UVP nach tschechischem Recht durchgeführt. Diese UVP umfasst nach dem tschechischen UVP-Gesetz jedoch nicht das gesamte Vorhaben KKW Temelin, sondern nur solche Änderungen, die am Projekt nach dem 1.7.1992 vorgenommen bzw. für die nach diesem Zeitpunkt ein Verwaltungsverfahren eingeleitet wurde. Die Tschechische Republik hatte zudem zum Zeitpunkt der Vereinbarung von Melk das ECE-Übereinkommen über die Umweltverträglichkeitsprüfung in grenzüberschreitendem Rahmen vom 25.2.1991 (Espoo-Konvention) noch nicht ratifiziert. Nach diesem Übereinkommen sind von möglicherweise erheblichen Auswirkungen auf die Umwelt betroffene Staaten, in diesem Fall Österreich, von einem UVP-Verfahren zu informieren, seine Öffentlichkeit in der gleichen Weise zu beteiligen wie die eigene Öffentlichkeit und der betroffene Staat hat das Recht, Konsultationen über den Verfahrensgegenstand zu verlangen.

Um diese Defizite auszugleichen, schlossen Bundeskanzler Schüssel und Ministerpräsident Zeman das politische Übereinkommen von Melk ab, in dem Österreich die Durchführung einer umfassenden UVP für das gesamte Vorhaben nach den Verfahrensbestimmungen der Europäischen UVP-Richtlinie und eine Beteiligung nach dem Standard der Espoo-Konvention, der Art. 7 der UVP-Richtlinie entspricht, zugesichert.

Die „Melk-UVP“ geht demnach über das nationale UVP-Verfahren ebenso hinaus wie über bestehende völkervertragsrechtliche Verpflichtungen der Tschechischen Republik. Sowohl das Abkommen von Melk als auch die gemeinsame Erklärung der Minister Kavan und Molterer vom 12.2.2001 stellen jedoch fest, dass die laufende Umweltverträglichkeitsprüfung zu 78 Projektänderungen zu einer umfassenden Gesamt-UVP erweitert werde. Im Kavan-Molterer-Abkommen findet sich die Aussage „Die fachlichen Ergebnisse der Prüfung haben von zuständigen Organen der Staatsverwaltung bei den anstehenden Verwaltungs- bzw. Bewilligungsschritten gemäß nationalem Recht beachtet und umgesetzt zu werden.“ Hintergrund dieser Vereinbarungen war offensichtlich einerseits das Bestreben, die bisher im Zuge der nationalen UVP vorgelegten Unterlagen nicht vollkommen neu erstellen zu müssen, sondern in die Gesamt-UVP integrieren zu können, und andererseits der EU-UVP-Richtlinie zu entsprechen, wonach die Ergebnisse einer UVP in den behördlichen Genehmigungsverfahren zu berücksichtigen sind (Art. 8).

Die UVP-Richtlinie und auch das Kavan-Molterer-Übereinkommen vom 12.2.2001 sehen vor, dass die Ergebnisse der Gesamt-UVP in den noch zu erteilenden Bewilligungen, insbesondere nach Baugesetz und Atomgesetz, zu berücksichtigen sind. Unter Berücksichtigung ist dabei das Eingehen der zuständigen Behörden auf die in der UVP getroffenen Sachverhaltsfeststellungen (Ergebnisse der Umweltverträglichkeitsprüfungsdokumentation bzw. der Berichte der UVP-Kommission, Einwendungen der Öffentlichkeit, Ergebnisse der Konsultationen

mit Österreich, in deren Rahmen auch diese Stellungnahme abgegeben wird) und gegebenenfalls die Vorschreibung von Auflagen oder die Versagung der Bewilligung, zu verstehen.

Österreich wurden seitens Tschechiens keine Angaben gemacht darüber, in welcher Art und Weise dieser Berücksichtigung bislang noch in den Bewilligungsverfahren erfolgen wird. Die Frage der Anknüpfung des Melk-Prozesses an die nationale UVP und die nationalen Bewilligungsverfahren ist somit noch offen, sie wird aber spätestens beim Erfordernis der rechtsverbindlichen Berücksichtigung bei der Genehmigung des Vorhabens Aktualität erlangen.

Festzuhalten ist weiters, dass gem. Art. 7 Abs. 4 die beteiligten Mitgliedstaaten Konsultationen aufnehmen, die unter anderem die potentiellen grenzüberschreitenden Auswirkungen des Projekts und die Maßnahmen zum Gegenstand haben, die der Verringerung oder Vermeidung dieser Auswirkungen dienen sollen.

Derartige Konsultationen haben im Lauf des Melk-Prozesses bereits zu Untersuchungsumfang und Ablauf der UVP stattgefunden. Auf Basis der Ergebnisse der Gesamt-UVP sind sodann Konsultationen zu den festgestellten Auswirkungen und den Möglichkeiten ihrer Verringerung oder Vermeidung durchzuführen. Es obliegt den Vertragsparteien von Melk, einen angemessenen Zeitrahmen für die Dauer solcher Konsultationen festzulegen.